

# Volksmacht

Insertionsgebühr die sechs gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Spreekunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 2537

Nr. 32.

Danzig, den 16. April 1912.

3. Jahrgang.

## Geistliches Lob der Sozialdemokratie.

Sanz anders als die öden Redensarten, mit denen die Sozialdemokratie in den letzten Wochen bis zum Ueberdruß von geschwätzten und geschorenen Pfaffen und Pfaffenbleniern überschüttet wurde, hören sich die Urteile an, die der Pastor Theodor Schmidt in der Christlichen Welt über unsere Partei fällt. Dieser protestantische Geistliche, weit entfernt davon, Sozialdemokrat zu sein, hat sich soviel Selbständigkeit des politischen Urteils bewahrt, daß er auch der verfolgten, gehassten und geschmähten Partei des Proletariats mit erfreulicher Unbefangenheit gegenübersteht, unbekümmert anerkennt, was ihm an dieser mächtigen Bewegung imponiert, und andererseits die spießhaften Vorurteile oder kapitalistischen Schredmittel kalten Blutes auf ihren wahren Gehalt untersucht. Auch am der Pastor die gebräuchlichsten, gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe der Reihe nach dargelegt hat, fährt er fort:

Run mehren sich aber in den letzten Jahren die Stimmen-derer, die daneben doch allerhand Lichtfelsen an der Sozialdemokratie entdecken, die jedem Wider ein Für entgegenzusetzen haben. Man findet, daß die Sozialdemokratie eigentlich doch viel zur Aufrechterhaltung und Erneuerung des politischen Lebens getan habe. Die Art, wie das Volk von Polizeimännern und Bureaukraten behandelt wird, ist so unwürdig, daß man mit Häufen dreinschlagen möchte. Das aber tat der brave Bürger bisher nie. Auch der Liberalismus hätte wohl die Faust in der Tasche oder schimpfte am Bierstisch oder in der Zeitung. Aber zu einer tatkräftigen und wirkungsvollen Opposition hat er es nie gebracht. Diesen Dienst leistet nun oft genug die Sozialdemokratie, die mit scharfem Feindesauge jede Ungerechtigkeit des heutigen Systems entdeckt und sie dann auch öffentlich brandmarkt. Ganz besonders hat sie den werdenden vierten Stand eigentlich erst entdeckt und politisch erweckt.

Wenn heute fast alle Parteien sozial sein wollen, so ist dies das Verdienst der Sozialdemokratie, von der sie alle sozial befruchtet worden sind. Ohne die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gäbe es auch keine nationale und keine christliche. Gar nicht zu unterschätzen sind doch auch die von der sozialdemokratischen Bewegung geschaffenen moralischen Neuwerte. Oder ist die Erweckung der bisher rein patriarchalisch geleiteten Massen zu eigenem politischen Denken und Handeln nicht ein respektables Stück Erziehungsarbeit? Die auch vor Opfern und Verfolgung, besonders in der früheren Zeit, nicht zurückschreckende Hingabe an ein hohes Zukunftsideal, die tatsächliche Solidarität, die rastlose Organisationsarbeit, das ständige Bestreben, Kulturwerke, die auch dem Gegner Achtung abnötigen. Durch Vorträge und Bildungskurse, durch gute Feuilletons und wissenschaftliche Literatur übt die Sozialdemokratie unermüdet eine Volkserziehung in großem Stile aus.

Wer aber so mitteilt, neues geistiges Leben in der stumpfen Masse zu wecken, der tut tatsächlich damit trotz aller Religionsfeindschaft doch Vorarbeit für das religiöse Leben. Es ist kein Zufall, daß die Kinder von Sozialdemokraten oft die besten und aufgewecktesten Schüler im Religions- und Konfirmandenunterricht sind. Und auch die Alten beschäftigen sich bei ihrer Polemik gegen Kirche und Religion doch wenigstens eingehend und nachdenklich mit diesen religiösen Problemen, während weiten Kreisen unseres liberalen Bürgertums dafür jegliches Interesse und Verständnis abgeht. Kalt oder warm, nur nicht lau: nach diesem biblischen Maßstab steht der fanatische sozialdemokratische Atheismus und Freidenker dem Himmelsreich näher als der fette und aufgeklärte Philister. Und so ließe sich noch manches für die Sozialdemokratie anführen, das uns auf eine günstige Zukunftsentwicklung hoffen läßt.

Haben wir bürgerlichen Christen aber überhaupt das Recht, in dieser Weise das Für und Wider abzuwägen und so über die Sozialdemokratie zu Gericht zu sitzen? Hat uns Gott denn eigentlich für sie verantwortlich gemacht, so daß wir sie gleichsam als unser Missions- und Evangelisationsobjekt ansehen dürfen? Ist es nicht vielleicht gerade umgekehrt so, daß wir Bürgerliche, von Gott aus gesehen, das Missionsobjekt sind und die Sozialdemokraten seine Missionswerkzeuge? Dann aber wäre ja ein „Wider die Sozialdemokratie!“ zugleich ein „Wider Gott!“, und wir müßten fürchten, über der kühlen Ablehnung der Anerkennung der Sozialdemokratie das zu überhören, was Gott uns durch sie zu sagen hat. Warum kommen wir als Christen gar nicht auf den Gedanken, uns einmal so für und wider den Liberalismus, die Konservativen, das Zentrum auszusprechen? Warum gelten die von vornherein für gleichberechtigt und bündnisfähig, während man miteinander die Sozialdemokratie, die roten „Feinde“, beobachtet und beurteilt. Kommt das nicht daher, daß die ganze Sozialdemokratie tatsächlich nur ein Reflex unserer gemeinsamen bürgerlichen Parteifürden ist, eine so eindringliche Anklage Gottes gegen die bürgerliche und christliche Gesellschaft, daß wir ganz instinktiv den gemeinsamen Gegensatz herausfühlen? Dann aber sollten wir gar nicht Zeit haben, an die Befehrung und Besserung der Sozialdemokratie zu denken, weil wir erst einmal das innerlich zu bearbeiten

haben, was Gott durch sie wider uns Bürgerliche in die Gegenwart hineintrifft.

Der Mangel an diesem persönlichen Schuldgefühl in den bürgerlichen und christlichen Kreisen gegenüber der gewaltigen Reaktionserscheinung der Sozialdemokratie scheint mir ein verhängnisvoller Hauptfehler bei der ganzen Fragestellung. Woher stammt denn die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokraten? Ist das etwas anderes als die begriffliche Reaktion auf den übertriebenen, oberflächlichen Hurrapatriotismus und den knechtischen Byzantinismus weiler bürgerlicher Kreise? . . . Aber die Sozialdemokraten scheuen sich doch nicht einmal, das Bild der Königin Luise in empörendster Weise zu besudeln! Ja, wer hat denn zuerst aus der edlen Königin wider die geschichtliche Wahrheit eine reine Heilige gemacht? Wer hat zuerst im Geschichtsunterricht der Volksschulen das Hohenzollernhaus und das Deutschtum in einseitiger Weise verherrlicht? War das nicht ebenso wider die Wahrheit? Wo blieb da der energische Protest der Bürgerlichen und der Christen? Nun schickt Gott uns in Gestalt der Sozialdemokratie eine Korrektur, die bei aller leidenschaftlichen Einseitigkeit doch dem Streben entspringt, die Wahrheit aller unpatriotischen Verfälschung zum Trotz wieder zu Ehren zu bringen. Was ist aus dem demütigen „Von Gottes Gnaden bin ich, das ich bin“ des Paulus für ein Gottesgnadentum der Fürsten gemacht worden, ihnen selbst zu fast übermenschlischer Verhöhnung! Diese blinde monarchische Verehrung hat vermuthlich dem Königtum und dem Kaisertum innerlich mehr geschadet, als alle antimonarchischen und republikanischen Gedanken der Sozialdemokratie. Darf man übrigens als deutscher Christ nicht auch republikanisch denken? Oder hat das Staatskirchentum an diesem Punkt die Gedanken- und Gewissensfreiheit bereits ganz aufgehoben? Dann ist es jedenfalls höchste Zeit gewesen, daß Gott der Zukunft der Monarchie durch die einseitig scharfen Angriffe der Sozialdemokratie zu Hilfe kam.

Wie selbstverständlich ist der Antimilitarismus der Sozialdemokratie als Reaktion auf den übertriebenen Militarismus unseres Zeitalters. So tief steckten wir alle darin, daß erst die Sozialdemokratie kommen mußte, damit es allgemein mit den Soldatenmißhandlungen anfang, strenger zu werden. Lange genug blieben die wenigen Friedensfreunde allein auf weiter Flur. Erst nach den lauten sozialistischen Protesten gegen den Krieg ist der moralische Wille zum Frieden von weiteren christlichen Kreisen bewußt aufgenommen worden. Das Erstarken der Friedensbewegung und der Schiedsgerichtsgedanken scheint mir ein göttlicher Seiffesunke, der von jenen zu uns herübergesprungen ist.

Wir bedauern den Klassenkampf mit seinem Hass. Es wäre aber vielleicht nie dazu gekommen, wenn wir Christen früher schon so manchen tatsächlich unerträglichen gesellschaftlichen und sozialen Mißständen den Kampf bis aufs Messer energisch angefaßt hätten. Aber wo bleibt der heilige Zorn der Christen, wenn sozialdemokratische Führer und Parteien fast in der gesamten konservativen und bürgerlichen Presse schief und einseitig dargestellt werden, wenn bei einem Steuergesetz da und dort der Egoismus der Besitzenden trotz zu Tage tritt, wenn in der Industrie ganz laut das Herrenmenschtum proklamiert wird, wenn in unserem Wirtschaftsleben die Dividendenjagd vielfach zum obersten Wirtschaftsziel gemacht wird, wenn der Mammongeist unbekümmert um Tränen und Leiden alles zu beherrschen sucht? Wie gleichgültig läßt die Not in der Tiefe die meisten von denen, die auf den Höhen des Lebens, des Genußes, der Wissenschaft und Kunst wandeln! Wie kühl auch viele Christen, die nur um ihr privates Seelenheil eifrig besorgt sind! Und dann wundern wir uns, wenn Gott aus den Tiefen einen Strom gegen das alles aufbrechen ließ, der wie alle neuen Wellen zunächst recht trüb und schlammig fließt, der aber schon heute uns allen Segen und Gewissensweckung gebracht hat.

Das gilt selbst von den bedenklichen Ansichten der Sozialdemokratie über freie Liebe und ähnliches. Warum durften sie denn eine so radikale Kritik der bisherigen bürgerlichen und christlichen Eingehe wagen? Doch nur, weil tatsächlich in unseren Kreisen schon lange die doppelte Moral ruhig geduldet wurde. Die Theorien der Sozialdemokratie sind nur das Fazit der bürgerlichen Sittlichkeit, ein Mahnruf Gottes, mit der vielen Heuchelei in diesen Dingen endlich einmal ernstlich aufzuräumen. Müßten wir noch besonders daran ermahnen, wie oft die Sozialdemokratie als Vorkämpferin gegen den Alkoholismus, die Prostitution, das Wohnungsgesetz aus Christen beschämte?

Die Kirchenfeindschaft der Sozialdemokratie endlich, kann doch eigentlich nur den verwundern, der die Haltung der Kirche in den letzten hundert Jahren total vergißt. Wie sehr hat die Kirche, die für arm und reich, hoch und niedrig in gleicher Weise da sein sollte, sich zu einem Werkzeug der regierenden Klassen degradieren lassen! Wie viele Pfarrer haben ganz selbstverständlich konservative Parteipolitik getrieben! Oder sie haben sich als Staatsbeamte von der Monarchie brauchen lassen gegen jede neue, freiheitliche Regung im Volke! Und wie viel Respekt vor dem Gelde hatte sich in der Kirche eingenistet! Paulus verlangte, daß die Gemeinde alle die Glieder, die nicht selbst arbeiten, brandmarken sollte, daß sie

schamrot würden (2 Theff. 3, 14). Wann hat die Kirche es je gewagt, dieses Wort auf die reichen Mächtigsten in ihrer Mitte anzuwenden? Da ist es barmherzig von Gott, daß er durch die allgemeine Kirchenflucht des vierten Standes die Kirche endlich wieder so energisch an ihre eigentliche große und allumfassende Aufgabe mahnt. Versteht sie die göttliche Strafbedeutung, so wird vielleicht auch bei der Sozialdemokratie bald der Gegensatz gegen die Religion verschwinden, der ihr als Eierhäute aus der liberalen Vergangenheit heute noch anhaftet.

Gott gab jedem Lande die Sozialdemokratie, die es verdient und nötig hat. Erst dann wird er die sozialdemokratische Reaktion ändern, wenn die bürgerliche und christliche Reaktion sich geändert hat. Es ist ein Un Ding, die Gegenwirkung ändern zu wollen, solange die ursächliche Wirkung fortbesteht. Nicht das kann deshalb heute unsere Aufgabe sein, die Sozialdemokratie richtig zu beurteilen, sei es verteidigend, sei es verurteilend — sondern die Lektion über uns selbst zu lernen, die Gott uns durch sie erteilt. Er hat einst das heidnische Ägypten als Werkzeug zu Israels Erziehung gebraucht und Tyrus war auch sein Knecht. Heute ist es die Sozialdemokratie.

Wir wollen gewiß nicht sagen, daß jedes Wort dieses Artikels richtig sei. Die Sozialdemokratie ist beispielsweise nicht etwa, wie der Verfasser anzunehmen scheint, eine bloß vorübergehende oder nur von den Fehlern ihrer Gegner existierende Partei — sie ist vielmehr aus dem kapitalistischen System folgerichtig und mit der strengen Logik eines Naturgesetzes hervorgegangen und wird nicht verschwinden, bis die Gesellschaft den von der Sozialdemokratie planmäßig geförderten Sozialisierungsprozeß durchgemacht hat. Auch über die „freie Liebe“ der Sozialdemokratie, die ja eine clerikale Erfindung ist, hat der Verfasser wunderliche Ansichten. Davon abgesehen, ist Pastor Schmidt zweifellos ein Mann, der strebend die Wahrheit sucht und sie furchtlos bekennet. Hut ab vor ihm und seinesgleichen! Wie aber stehen gegen diesen evangelischen Priester unzählige anderer seiner Kollegen da, die die Sozialdemokratie im Grund und Boden verdammen, obwohl sie nichts von ihr begriffen haben.

## Politische Übersicht.

### Ein Danziger und ein Breslauer Gerichtsurteil.

Am 11. April fand vor der Breslauer Strafkammer der zweite Dallwitzprozeß statt. Der verantwortliche Redakteur der Breslauer Volksmacht, Genosse Okonst, mußte sich wegen des gleichen Artikels verantworten, für dessen Abdruck die Danziger Richter wenige Tage vorher den Genossen Schröder auf ein halbes Jahr ins Gefängnis schickten. In Breslau lautet das Urteil „nur“ auf drei Monate Gefängnis. Auch das ist noch eine hohe Strafe. Aber in den Prozessen in Danzig und Breslau kommt, so sehr auch die Urteilsprüche die Kritik herausfordern mögen, dieses Moment erst in zweiter Linie. Es handelt sich um mehr, als um die Frage, ob die Redakteure in der Ausübung ihrer parteigenösslichen und journalistischen Pflichten, die Grenzen um ein paar Millimeter überschritten, die der Buchstabe des Gesetzes der schriftlichen Kritik in Preußen zieht. Die Wahlfreiheit der Beamten war der wichtige Hintergrund der bewegten forensischen Akte in Danzig und Breslau. Wenn die Richter glaubten, ihrer Aufgabe nicht anders gerecht werden zu können, als indem sie unseren Genossen für eine Weile die Freiheit und das Selbstverfügungsrecht nahmen, so ist das keine Lösung der Frage. Und dann die Inzenerierung der Justizaktionen! „Schon die Vorbereitung dieses Strafverfahrens“ bemerkt die Breslauer Volksmacht — „war reich an Sonderbarkeiten. Wir rechnen dazu weniger die von anderen Beleidigungsprozessen abweichende Handlungsweise der Polizei, die uns eines Morgens mit einem Stabe von 18 Beamten heimsuchte, um durch diese Heberumpelung möglicherweise des geheimnisvollen Verfassers habhaft zu werden, durch den ihr höchster Vorgesetzter, der Polizeiminister von Preußen, Herr von Dallwitz, sich beleidigt fühlte. Hier liegen die Zusammenhänge klar vor Augen, wenn auch nur eine mangelhafte Uebersicht über das sozialdemokratische Pressewesen es erklärlich erscheinen läßt, den Verleger eines gleichzeitig im ganzen Reich erschienenen Artikels ausgerechnet durch Hausdurchsuchung in Danzig und Breslau ausfindig machen zu wollen. Doch das ist nicht die Hauptsache, schließlich ist ja die Polizei das ausführende Organ des Ministers, um den sie sich hier so intensiv bemühte. Auffälliger ist es schon, daß der angeblich beleidigte und klagende Minister seinen Strafantrag nicht der zuständigen Breslauer Staatsanwaltschaft direkt zustellt, wie das jeder andere Antragsteller tun muß, sondern daß er seinen Antrag dem Kollegen vom Justizministerium, dem höchsten Vorgesetzten der Staatsanwaltschaft und der Richter, übergibt. Dieser Justizminister sendet nach Breslau den Strafantrag, den angeforderten Artikel, die Anordnung, den Prozeß zu beschleunigen und den Befehl, ihm von dem gefällten Urteil sofort Kenntnis zu geben. Wie gesagt, das ist kein alltägliches Verfahren und einer unserer Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Bandmann, mußte die Frage aufwerfen, ob dieser Weg überhaupt gesetzlich zulässig erscheint. Daß wir ihn sachlich für absolut unzulässig halten, unzulässig im Interesse des verfolgten Redakteurs, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben.“

Die rasche Erledigung des gerichtlichen Verfahrens in Danzig spricht dafür, daß die Anordnung „den Prozeß zu beschleunigen“, wahrscheinlich auch nach Danzig kam. Der Artikel der Breslauer



im November 1907 ging der Entwurf dem Reichstage zu, gegen Schluss der Session 1908/09 wurde er im Reichstage verabschiedet und am 26. Juni 1909 veröffentlichte der Reichsanzeiger den Wortlaut. Seitdem sind die bundesstaatlichen Regierungen mit den „Ausführungs-Verordnungen“ beschäftigt gewesen.

Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Aiderlen-Wächter wird wieder einmal gemeldet, und zwar diesmal von der Wiener Allgemeinen Zeitung. Diese berichtet, nach einer Mitteilung von bestunterrichteter Seite trete der deutsche Staatssekretär in allerhöchster Zeit von seinem Amte zurück. Als sein Nachfolger sei der gegenwärtige deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, in Aussicht genommen.

Nachbestätigung eines Oberbürgermeisters. Die Bauhener Kreisbauhauptmannschaft hat die Wahl des fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Dr. Roth zum Oberbürgermeister von Zittau nicht bestätigt. Die Stadt will die Entscheidung der Regierung anrufen.

## Aus Westpreußen.

### Danzig.

„Ein Richter, der nicht strafen kann, wird selber zum Verbrecher!“ Ob der durch einen unbekanntem Mann im Jäschentaler Walde erfolgten tätlichen Beleidigung einer verheirateten Dame ist in der bürgerlichen Presse große Aufregung entstanden. Rachebedürfnis und Sittlichkeitsvergehen sind leider, dank der Pest des Junkerfussels und dem äußerst niedrigen Niveau, auf dem die herrschenden Klassen die große Volksmasse künstlich halten, in Westpreußen nichts seltenes. Weil in den meisten Fällen Angehörige der Arbeiterschaft unter den Gassen branntweinrauschter oder moralisch halblöser Individuen leiden, regt sich die sogenannte „öffentliche Meinung“ in der Regel nicht sonderlich auf. Eine Darstellung des Vorganges, mehr oder minder sensationellstütern gegeben, etwas heuchlerisches Gezeiter über die „Verderbtheit“ des Volkes — zu mehr langt es meistens bei unseren bürgerlichen Zeitungsschreibern nicht. Anders diesmal. 2000 Mark ist eine Belohnung, die sonst auf den Kopf eines mehrfachen Raubmörders ausgesetzt wird. Die Höhe dieser Summe und der Eifer, den die Staatsanwaltschaft entfaltet, lassen darauf schließen, daß es sich um eine Angehörige der „besten“ Gesellschaft handelt. In der Stadt erzählt man sich, die Beleidigte sei ein Mitglied des kronprinzlichen Hofstaates. Das läßt sich nicht nachprüfen, weil über die Person der Betroffenen ein Stillschweigen beobachtet wird, das sonst bei der bürgerlichen Presse nicht üblich ist.

Aber gleichwohl, ob es sich um eine Hofdame der Kronprinzessin, ob um eine Fabrikantengattin oder um eine Arbeiterin handelt, auch wir sind der Meinung, daß jedem Opfer eines solchen Vorganges die Erinnerung an diese Stunde qualvoll ist und daß es mit Recht jede Rücksicht beanspruchen darf. Uns kam es nur darauf an, festzustellen, daß die soziale Stellung der Beleidigten auf die Höhe der Belohnung und den von der Behörde und der Presse entfalteten Eifer nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Das ist nicht immer so. Vor einigen Monaten wurde auf dem Wege nach Odra, auf der Radaunenpromenade, eine jugendliche Arbeiterin tätlich beleidigt und vergewaltigt. Die Presse nahm damals von dem Vorgang nur ganz kurz Notiz. Und 2000 Mark Belohnung sind ebenfalls nicht ausgesetzt worden.

Weiter berührt dann der Eifer, mit dem verschiedene Leute die Gelegenheit benutzten, für die Verschärfung des Strafgesetzbuches und die Einführung der Prügelstrafe einzutreten, eigenartig. In der Danziger Allgemeinen Zeitung schreibt Herr v. Kries-Klein-Baczmir:

Der abscheuliche Vorfall in Jäschental bringt uns wieder in Erinnerung, wie milde unser Strafrecht solche Verbrecher behandelt. Auch unsere Rechtsprechung verschärft diese Behandlung nicht immer nach Möglichkeit. Ich war selbst einmal Zeuge, wie ein Staatsanwalt für einen baumstarken jüngeren Kerl, der eine ältere, anständige Frau auf der Landstraße überfallen hatte, mildernde Umstände beantragte! Und warum? Wegen seiner Jugend! Als ob in solchen Fällen die Jugend wegen der ungewöhnlichen Fröhlichkeit nicht eher als Verschärfungsgrund, wie als Milderungsgrund gelten müßte, abgesehen davon, daß alle solche Verbrechen hauptsächlich von jungen den Menschen begangen werden. Die Geschworenen lehnten die mildernden Umstände glücklicherweise ab.

Jedenfalls sollte jeder Mann sich klar machen, daß die gleiche Untat auch seine Familie bedrohen könnte, und die ganze Frauenwelt sollte energisch dafür eintreten, daß weibliche Ehre ausreicht in unserem Staate geschützt würde. Für einen solchen geilen Schlingel gebührt wiederholte körperliche Züchtigung, wenn nicht ein schärferes Abschreckungsmittel und jeder Richter sollte sich bei der Beurteilung einer solchen Handlung an den Satz erinnern: „Ein Richter, der nicht strafen kann, wird endlich selber zum Verbrecher!“

Die Frage mag offen bleiben, ob überhaupt ein Mitglied der Aristokratie sich in dieser Weise aufs hohe Pferd setzen darf. Eulenburg, Lynnar und andere verleihe jedenfalls niemanden die Legitimation zu einer derartigen Sprache. Aber — ein noch schärferes Abschreckungsmittel als körperliche Züchtigung? Will denn Herr v. Kries Daumenmaßstab und spanische Stiefel aus dem Moder des Mittelalters hervorziehen? Geprügelt wird in Preußen auch jetzt schon gerade genug. Als Institution des Strafgesetzbuches kennen wir die Prügelstrafe bisher nicht. Glücklicherweise. Denn alle einschüchtern Menschen sind sich darüber klar, daß durch Prügel der Mensch nicht gebessert, sondern noch mehr verrotzt wird. Nicht nur der Geprügelte, sondern auch der Prügelnde und der Zuschauer. In Dänemark hatten die Parteifreunde des Herrn v. Kries vor ein paar Jahren die Prügelstrafe eingeführt. Das dänische Volk hat sie abgeschafft, da es sich von ihrer schädlichen Wirkung sehr schnell überzeugte. Und der Vater der dänischen Prügelstrafe, der Minister Alberti, kam froh sein, daß das geschehen ist, denn heute sitzt er im Zuchthause und könnte, würde in Dänemark noch geprügelt, gar leichtlich selber mit der Peitsche Bekanntheit machen.

Wer Gelegenheit hatte, sich mit der Lektüre des Strafgesetzbuches zu beschäftigen, weiß, daß die Richter in der Lage sind, gegen einen Angeklagten ungeheuerlich hohe Strafen zu verhängen. Ob sie es tun, darüber werden die Meinungen ja auseinander gehen. Herr v. Kries wird in der Hinsicht anders denken als ein Arbeiter. Die wirtschaftliche Stellung des Einzelnen beeinflusst auch hier sein Empfinden. Die Strafe indessen als ein Abschreckungsmittel anzuwenden zu wollen, (völlends bei Delikten des Temperaments), ist ein Standpunkt, der heute von den einschüchtern Kriminologen längst verlassen ist.

Nicht durch die strenge Bestrafung eines Verbrechers, sondern durch die Hebung der Gesamtlage des Volkes bekämpft man Vergehen und Gewalttaten: Gebt jedem Menschen, was er für den Lebensunterhalt gebraucht und neun Zehntel der Diebstähle verschwinden! Schafft gesunde, reinliche Wohnungen, und der Arbeiter wird die Zusehspulanten meiden! Laßt den Proletar nicht zwölf und dreizehn Stunden schlafen und auch er lernt den Faust lehren! Aber ihr wollt nicht freie denkende Arbeiter, ihr wollt Heulen! Und wenn im Sklaven die Hundeseele sich regt, wenn das Tier zum Durchbruch gelangt und zufällig die Gattin eines Bourgeois oder eine Hofdame sein Opfer wird, dann schreit ihr nach dem Prügelbock und nennt den Richter, der nicht „strafen“ kann, einen fünfjährigen Verbrecher, obwohl die Rohheits- und Sittlichkeitsverbrecher die Früchte eurer Herrschaft sind.

## Der zweite sozialdemokratische Frauentag.

Der 12. Mai ist der Tag der Frauen. An diesem Tage sollen überall Frauenversammlungen abgehalten werden, die der Forderung der Frauenwahlrechts gelten. Wie im vergangenen Jahre ist es die sozialdemokratische Partei, die den Frauentag veranstaltet und die freien Gewerkschaften haben versprochen, die Aktion bestens zu unterstützen. Sogar der örtlichen Organisationen und nicht zuletzt der weiblichen Mitglieder in ihnen ist es nun, den Frauentag zu einer wichtigen Kundgebung für die politische Gleichberechtigung der Frau zu gestalten. Die Eroberung des Frauenwahlrechts wird in steigendem Maße zu einer sozialen Lebensnotwendigkeit nicht nur für die proletarische Frau, sondern für die gesamte Arbeiterklasse. Erklärlich genug: die Klassengegenstände werden schärfer, die Klassenkämpfe deshalb härter; das Interesse der im Kampfe stehenden Arbeiterklasse erfordert es, daß möglichst alle Kräfte dem Kampfe dienstbar gemacht werden, also auch die der Frauen. Diese aber stehen heute waffenlos im politischen Kampfe, weil ihnen das Wahlrecht fehlt. Sie zur gleichgerüsteten Kämpferin zu machen durch die Eroberung des politischen Wahlrechts, sie damit zu befähigen, um so wichtigere Hiebe im politischen Kampfe führen zu können, gebietet das Klasseninteresse dem Proletariat.

Diese Erkenntnis ist es, die zur Veranstaltung des Frauentags führte. Durch ihn wird die alte Programmforderung der sozialdemokratischen Partei, die volles Bürgerrecht des Weibes heißt, mitten in die politische Agitation gerückt und so werden die proletarischen Frauen zu bewußten Trägerinnen dieser Forderung. Je größer ihre Zahl ist, die am 12. Mai sich am Frauentag beteiligen, desto wirksamer wird ihre Forderung unterstrichen, desto mehr auch der Nachweis der politischen Reife erbracht und desto umfasser und gründlicher werden die noch teilnahmslos beiseite stehenden Frauen ausgerüstet und zur politischen Betätigung gesponnt. Gewiß Gründe genug für unsere Genossinnen, keinen Tag und keine Stunde zu versäumen, die der Propaganda für „unsern Tag“ dienen können.

Ans Werk! Ruhet die Stunde! Das sei deshalb die Losung der Genossinnen.

Kaiserliche Werft. Zu den in Nr. 31 unseres Blattes geschilderten Arbeiterereignissen auf der hiesigen Reichswerft haben wir nunmehr festgestellt, daß der Buchführer Eichholz als Agitator in amtlicher Eigenschaft für den zentrumschristlichen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Danzig, Bureau Pferdetränke 13, part., tätig gewesen ist. Nach diesem Bureau wurden die Arbeiter von E. hingeführt und erhielten, nachdem sie an Gebühren für den Eintritt in den Verband 50 Pfennige, für eine Beitragsmarke 70 Pfennige, für Delegiertensteuer 10 Pfennige und für Lokalverhältnisse 10 Pfennige entrichtet hatten, folgenden Zettel:

(Name.) N. N.  
Christlicher  
Verwaltungsstelle  
Danzig.  
(Stempel.) Metallarbeiterverband

Wenn die Arbeiter diese Gebühren nicht bezahlten, so erhielten sie, trotzdem sie ihre Arbeits- und Mittellosigkeit angaben, keinen Zettel und hatten demgemäß nach ihrer Zerzeugung auf Einstellung nicht zu rechnen. Solch einen Zettel gaben die Arbeiter Herrn E. ab, worauf sie dann erst — trotz früherer persönlicher Meldung bei E. — von diesem vornotiert wurden, mit dem Bescheide, dann und dann zur Einstellung zu kommen.

Erstaunt waren eine Anzahl Arbeiter, welche am Donnerstag Morgen in voriger Woche eingestellt wurden, über folgende Ausführungen des Herrn E. Er erklärte: Wer befristet ist oder einem sozialdemokratischen Verband angehört, wird, wenn dieses herauskommt, wieder entlassen.

Als einzelne Rieter und Stemmer auf dem städtischen Arbeitsnachweis nachfragten, ob die Kaiserliche Werft Arbeiter suchte, wurde diese Frage dort verneint. Ob hier ein Irrtum vorlag?

Über Bestimmungsrückerei nimmt das Reichsmarineamt einen anderen Standpunkt ein, als der „allgewaltige“ Unterbeamte E., welcher am Donnerstag einem nach Arbeit fragenden Arbeiter, welcher das Unglück hat, in Heubude zu wohnen, erklärte: „Die von Heubude haben nach der letzten Wahl überhaupt auf Arbeit nicht zu rechnen!“ Wir erlauben uns, die Oberwerftdirektion auf einige Ausführungen, die nach den amtlichen Reichstagsstenogrammen von dem Staatssekretär v. Tirpitz und dessen Vertreter, Geheimrat Harms, über Arbeiterfragen gemacht worden sind, aufmerksam zu machen. In der 62. und 63. Reichstags-Sitzung vom 19. März 1904 (Seite 1979 A) erklärte Geheimrat Harms auf Ausführungen des Abgeordneten Zubeil über Bestimmungsrückerei auf der Danziger Werft folgendes:

„Der Herr Vorredner ist dann eingegangen auf eine sogenannte Bestimmungsrückerei, die in Danzig obwalten sollte. Meine Herren, etwas Derartiges existiert nicht. Wir bekümmern uns tatsächlich nicht um das, was der Arbeiter außerhalb der Werft treibt.“

In der 6. Sitzung vom 7. Dezember 1909 (Seite 130 A) erklärte der Staatssekretär v. Tirpitz, als er vom Abgeordneten Severing in der für die hiesige Staatswerft so peinlichen Beschlus-Wärfen, in welcher sich alle bürgerlichen Abgeordneten außer dem früheren Herrn Mommsen auf Seiten des gemäßregulierten Arbeiters stellten, interpelliert wurde, folgendes:

„Was für eine politische Gesinnung die Arbeiter haben, das hat uns nie berührt, wir haben nie etwas dagegen getan, und wir haben es auch nicht nötig gehabt.“

In der 51. Sitzung vom 8. März 1910 (Seite 1896 B) fügte Geheimrat Harms folgendes aus:

„Auf die politische Gesinnung eines Arbeiters wird nicht gefahndet, das ist ausdrücklich ausgeschlossen.“

Nach diesen Ausführungen der Regierungsvertreter, welche doch auch die höchsten direkten Vorgesetzten für E. sind, wird es sich im Interesse der Allgemeinheit der Bevölkerung von Danzig und Umgegend empfehlen, die Angelegenheit an geeigneter Stelle vorzutragen und eine Regelung zu verlangen.

Aus dem Städtischen Krankenhaus. Einzige Tagesprang im Kesselraum des Städtischen Krankenhauses folgende interessante und recht merkwürdige Kundgebung:

In den Danziger Neuesten Nachrichten vom 25. 1. 2. Beilage, steht ein Eingeksendi, in dem der Schornstein des Krankenhauses als schlimmster Schornstein hinsichtlich der Rauchentwicklung bezeichnet ist. Der Einsender hat nicht ganz Unrecht, wie ich zu gewissen Zeiten selbst beobachtet habe, wie am 31. Dezember nachmittags. Die Verantwortung für diese Schweinerei trägt . . . . . Ich weise jetzt darauf hin, daß ich für jeden Heizer, der die Instruktion hinsichtlich Rauchverhütung nicht gewissenhaft befolgt, Entlassung beantragen werde. Schmach!

Die Bekämpfung der Rauch- und Rauchplage ist gewiß notwendig. Bei den Ermittlungen verschiedener Gemeinden über diese Plage, ergab sich zudem, daß unser altes liebes

Danzig sich rühmen konnte, als Räucherwerk am ersten Stelle zu stehen. Der Eifer unserer kommunalen Beamten, die Rauch- und Rauchschäden möglichst vermindern zu lassen, ist also lässlich und anzuerkennen. Freilich nur dann, wenn er sich auf Bureaubezug, die zum Ziele führen. Sollen aber nach bürokratischen Gepflogenheiten einzelne Personen austreten, was vom schlechten System verursacht, sollen Unschuldige in die Wüste geschickt werden, dann müssen wir als gleichberechtigte Bürger Danzigs ganz energisch dagegen Front machen.

Aus diesen Gründen finden wir es eigentümlich, daß für die Sünden des Krankenhausschornsteins — ein Heizer verantwortlich gemacht werden soll, daß sogar alle Heizer mit Entlassung bedroht werden, wenn besagter Schornstein nicht ordentliche Manieren annimmt. Herr Schmach, der Verantwortliche für den zitierten Ukas, will beobachtet haben, daß gerade der von ihm namhaft gemachte und so unter seinen Kollegen gebrandmarkte Heizer die „Schweinereien“ verschuldete, über die sich Leute, die wahrscheinlich viel Zeit übrig haben, in den Neuesten entrüsten mußten. Hätte Herr Schmach weiter beobachtet, dann würde ihm nicht entgangen sein, daß es dem Schornstein beliebte, auch mit Rauch um sich zu werfen, als der namhaft gemachte Heizer krank und garnicht im Betriebe war. Wir fanden in dieser Zeit auf Neuschnee bis 3 cm große Rauchflocken. Es kann doch demnach nicht stimmen, daß ein Heizer die „Schweinereien“ begeht.

Und es stimmt wirklich nicht, weil die Ursachen der Rauch- und Rauchschäden des Krankenhausschornsteins ganz andere sind. Da im Feuerungsbetrieb keine Rauchverbrennung vorhanden ist, da ferner die Roste für Kohle und Koks eingerichtet sind, so entsteht immer dann russiger Rauch, wenn mit reiner oder fast reiner Kohle gefeuert werden muß. Anders bei Verbrennung von Kohle und Koks mindestens zur Hälfte. Im Winter war ständiger Koksangel. Soll alles ohne „Schweinereien“ vor sich gehen, dann müßten im Winter täglich rund 120 Hektoliter Koks zur Verfügung stehen. Beliefert wurden dem Krankenhaus von der Gasanstalt aber manchmal nur 40 Hektoliter in der ganzen Woche! Da mußte eben vielmehr Kohle verbrannt werden, als zur Vermeidung aller Plagen durch den Schornstein nützlich ist. Die zuständige Betriebsleitung für die Feuerung im Krankenhaus müßte dafür sorgen, daß, solange der jegliche Umfang des Betriebes beibehalten wird, die Gasanstalt etwa 25 Last Koks auf einmal anfahren läßt und daß dann täglich 4 bis 5 Wagenladungen geliefert werden. Nur so hätten die Heizer genügend Koks zum Mischen. Rauch und Ruß wären dann nicht entfernt so arg wie unter den alten Umständen.

Da wir schon dabei sind, unserer Gemeindeverwaltung aus Verlegenheiten zu helfen, möchten wir ihre Aufmerksamkeit gleich für einen anderen Fall in Anspruch nehmen. Es handelt sich wieder um Vorkommnisse im Kesselhause. Der erste Maschinist läßt dort die Arbeit eines 66-jährigen Heizers, der 24 Jahre in seinem Berufe tätig ist, von einem etwa 18-jährigen Heizer kontrollieren. Anlaß dazu soll eine Anzeige des Junglings über den Alten gewesen sein, weil dieser einmal das Feuer zu sehr vorne hielt, so daß durch die Hitze Lack an den Feuer-Türen abstrang. Dabei mußte der ältere Heizer stärkeres Feuer unterhalten, weil der jüngere zu schwach heizte, um genügend Dampf zu liefern.

Wie dem auch sei, uns dünkt, es wäre nötig, im Kesselhause des Krankenhauses Ordnung nach verschiedenen Richtungen hineinzubringen.

Die Schichauwerft hat vom Norddeutschen Lloyd den Bau eines großen Passagier- und Frachtdampfers in Auftrag erhalten. Das Schiff ist für die Newyorklinie bestimmt und soll im August 1914 geliefert werden.

Freisinnige Annahme. Der Berliner Professor Schmoller hatte zu Ostern in einer österreichischen Zeitung Betrachtungen über die Sozialdemokratie angestellt, die so ausfielen, wie das einem voraussetzungslosen preußischen Professor gestattet ist. Dabei äußerte er sich auch über die Qualifikation der sozialdemokratischen „Führer“. Er lobte sie keineswegs, meinte jedoch, daß sie für die Beeinflussung der Arbeitermassen nicht entbehrt werden könnten.

An diesem gewiß nicht tiefinnigen aber leidlich verständigen Urteil nimmt die Danziger Zeitung in der ihr erb- und eigentümlichen — Vornehmheit Anstoß. Sie schreibt dazu, daß der Professor eher Recht hätte, wenn mehr sozialdemokratische Führer gemäßigtere und verständlichere Formen annehmen würden. Daran fehle es aber „gerade bei uns im Osten noch sehr, daß sich gerade hier die sozialdemokratischen Führer noch in den abstoßendsten Manieren gefaßt, ist leider nur zu wahr“.

Dieser hochgebildete Ausfall ehrt die Sozialdemokratie, wie die Genossen, die als Führer in erster Linie getroffen werden sollen, in gleichem Maße. Nur die Dreistigkeit, mit der ausgerechnet das von dem Chefredakteur Dr. Herrmann geleitete Blatt sich solche Annahmen gestattet, setzt uns in Erstaunen. Es war bei der Landtagswahl 1908, als ein freisinniger Wahlmann eine Anzahl bei ihm beschäftigter sozialdemokratischer Wahlmänner auf Pfäfer setzte. Unsere Parteileitung ersuchte deshalb die freisinnige in einem sehr höflichen Schreiben um ihre Vermittlung in der Angelegenheit. Ein alter Parteiveteran überbrachte den Brief an die im Bildungsvereinsbau tagende freisinnige Partei- und Wahlleitung. Kaum hatte der Doktor Herrmann das Schreiben gelesen, als er es dadurch brandmarkte, daß er den Boten der Arbeiterpartei, die sich über das schändliche Unrecht der Aushungerung wegen der politischen Überzeugung beschwerte, unter Androhung der Bestrafung wegen Hausfriedensbruch wie einen rüdigen Hund zum Saale hinausjagte! Und derselbe Dr. Herrmann, den auch der gegen die Sozialdemokratie gerichtete Saalbahnhof des von ihm geleiteten Bildungsvereins noch . . . . . nicht geniert, wagt es beweisen, die „abstoßenden Manieren“ sozialdemokratischer Führer zu schmälern. Den Mann und seinesgleichen beneiden wir ganz gewiß nicht um die anerkannt vornehmen Manieren, über die sie verfügen.

Kommunalfreie und Koalitionsfreiheit. In den vom Freisinn geleiteten Städten ist schon so manches wenig erfreuliche Beispiel zu diesem Kapitel geliefert. Schließlich sollte man doch aber annehmen können, daß auch der in der Macht sitzende Freisinn im Laufe der Zeit mehr Achtung vor dem Koalitionsrecht, dem vornehmsten Recht des Arbeiters, bezeugen würde. In Danzig scheint diese Hoffnung sich aber noch immer nicht erfüllen zu sollen. Der Oberbürgermeister beschwerte sich unlängst in der Stadtverordnetenversammlung, daß eine bestimmte Seite ihn nachverfolgt habe, daß er nur den Reichen und Besitzenden das Leben in der Stadt angenehm machen wolle. Sehr entschieden widersprach er dieser Behauptung und versicherte, daß er alle Kreise der Bürgerschaft mit gleichem Wohlwollen umfasse. Für sie alle ohne Ausnahme solle sein Programm des angenehmen Lebens gelten.

Wir zweifeln an dem guten Glauben des Obers nicht. Nur will uns wenig einleuchten, wie sich damit die wiederholten Ausfälle des für die Belben be-eisterten, aber natürlich ganz unparteiischen Stadtrats Loop gegen die Sozialdemokratie vertragen. Unter die Annehmlichkeiten, die er fördern will, müßte

der Oberbürgermeister doch mindestens die ungehinderte Ausübung des Koalitionsrechtes und die strengste Neutralität der Verwaltung gegenüber den Organisationen der händlichen Arbeiter verstehen. Höchstens sollte er sich darüber beschweren, daß man die gesetzliche Neutralität gegenüber den Organisationen von ihm und dem Magistrat noch erst als besondere Annehmlichkeit fordert. Leider liegen die Dinge in Danzig so, daß die händlichen Arbeiter von der freiwilligen Begeisterung für das Koalitionsrecht ganz und garnichts merken. Ein Rohrleger ersuchte im März den Gasinspektor Flechtig, da er schon über ein Jahr bei der Stadt arbeite, um Lohnaufbesserung. Flechtig lehnte den Wunsch ab und rief dem Antragsteller, er möge sich nach einer Arbeitsstelle umsehen, wo er mehr verdiene. Nach zwei Tagen entließ er dann den Rohrleger mit der sehr merkwürdigen Erklärung: Er solle den höheren Lohn beim Verhandlungsstande nachsuchen!

Woher der Gasinspektor von der Organisationszugehörigkeit des Arbeiters wußte, gibt eben so zu denken, wie die Strafe, die deshalb über ihn verhängt wurde. Anscheinend soll in den händlichen Betrieben jetzt allgemein besonders scharf gegen die Organisation vorgegangen werden.

Erzählungen wollen wir einstweilen noch nicht mitteilen, sondern erst den Gang der Dinge abwarten. Selbstverständlich werden sich die händlichen Arbeiter durch keinerlei Einwirkungen von ihrer Organisation entfremden lassen.

Wir fragen aber die Freisinnigen, die noch vor wenigen Wochen zur Reichstagswahl den Liberalismus als den Schützer der Freiheit der Persönlichkeit priesen, was sie zu dieser händlichen Praxis zu sagen haben? Weinhauler wußte sich ja im Reichstage über den privatkapitalistischen Scharfmacher Ziele wegen seiner Arbeiterfeindlichkeit zu entkräften. Sein Zorn wird sich doch nicht weniger gegen die liberal geleitete Kommune richten, die doch in noch viel höherem Grade soziale Verpflichtungen hat.

**Bornahme Manieren.** Der reichsberühmten Presse ist großes Heil widerfahren, sie kann über einen „Streit“ in einem „sozialdemokratischen“ Betriebe berichten. Im Volksbaus zu Gottha haben die Kellner angeblich wegen Lohnforderungen gekreist. Es wird uns von der Verwaltung des Volksbaus in Gottha hierzu folgendes mitgeteilt: Die Kellner haben seit längerer Zeit mit der Verwaltung wegen eines neuen Tarifs in Unterhandlung. Der Tarif war fern und sollte in den nächsten Tagen von beiden Seiten abgeschlossen werden. Am Donnerstagabend traten die Kellner plötzlich mit einem neuen Tarifentwurf hervor, der einige Punkte enthielt, über die noch nicht verhandelt worden war. Die Verwaltung erbat sich acht Tage Frist, die Kellner erklärten aber, wenn dieser Tarif nicht sofort angenommen werde, legten sie die

Arbeit nieder. Das geschah am Ostermontag früh. Sonntag nachmittag erschienen allerdings die Kellner schon wieder und erklärten sich bereit, unter den bisherigen Bedingungen weiterzuarbeiten. Die Volkshausverwaltung hatte aber die Bedienung der Gäste von selbst schon übernommen und verwehrt die Kellner auf eine Versammlung, die nun auch am Dienstag abend stattgefunden hat. In dieser Versammlung erklärte der Gauleiter des Verbandes der Gastwirtsvereine, die Kellner sollten das Streikverbot für durchwegs unberechtigt. Die Organisation mißbilligt es, wie ja die Organisation überhaupt nichts von dem Vorgehen der Kellner gewußt hat. Die Volkshausverwaltung, der die Versammlung volles Vertrauen aussprach, wird natürlich trotzdem weiter mit den Kellnern über den von ihnen vorgelegten Tarif beraten. Der sogenannte Streit ist beendet.

Die von der Volkshausverwaltung am Dienstag angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die am 9. April im Volksbaus stattfindende öffentliche Versammlung entnimmt aus dem von der Verwaltung erstatteten Bericht über den Streit der Volkshauskellner, daß die unter Vermittlung des hiesigen Gewerkschaftsartells gepflogenen Verhandlungen daran scheiterten, daß ein vom Gastwirtsvereinsverband in letzter Stunde vorgelegter neuer Tarif ohne nochmalige Beratung anerkannt und unterzeichnet werden sollte. Der neue Tarif enthielt Forderungen, die unbedingt der nochmaligen Verhandlung bedürften, da sie von einschneidender Bedeutung sind. Die Versammlung bedauert, daß von seiten des Gastwirtsvereinsverbandes nicht die üblichen Mittel erschöpft worden sind, die ein gütliches Beilegen des Konfliktes ermöglicht haben würden. Dieselbe verurteilt ferner auf das schärfste das Verhalten der Streikleitung und die maßlosen Verdächtigungen der Volkshausverwaltung in der Öffentlichkeit durch freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die Versammlung spricht besonders der Maßnahme der Volkshausverwaltung ihre Zustimmung aus, daß sie angesichts der Ablehnung der nachgekauften achtstündigen Frist zur Unterzeichnung des Vertrages den Tarif nicht sofort unterzeichnete.

Wir möchten nur nebenbei bemerken, daß die bürgerlichen Zeitungen ihren Lesern die Wahrheit über den mit Entzünden geschilderten Streit in der üblichen Art unterzögen.

**Zur Bekämpfung der Mückenplage.** Nach dem heißen Sommer des vorigen Jahres steht zu erwarten, daß die Mückenplage in diesem Jahre besonders groß werden wird. Verschiedene in letzter Zeit vorgenommene Kellerbesichtigungen haben diese Vermutung bestätigt. Würden doch vor den meisten Kellern nach Millionen zählende Mückenlarven angetroffen, die jetzt nach Eintritt milderer Witterung auf eine günstige Gelegenheit, ins Freie schlüpfen zu können, warten. Zur Vernichtung der überwinternden Mücken ist es die höchste Zeit. In welcher Weise

letzteres zu erfolgen hat, ist aus dem vom Magistrat veröffentlichten Flugblatt zu ersehen, das in der Botenmeisterei unseres Rathhauses unentgeltlich abgegeben wird. Der Magistrat hat ferner zur sachgemäßen Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Mückenplage eine Anzahl Feuerwehrleute ausbilden lassen, die gegen die mühsame Gebühr von 50 Pfennigen für die Stunde das Ausräumen der Keller und Umbrennen der Kellerwände ausführen. Wir empfehlen, von dieser Einrichtung, die sicher im Interesse vieler Hausbesitzer und Mieter liegt, weitgehend Gebrauch zu machen. Interessenten haben sich an die Hauptfeuerwache in Danzig (Telephon Nr. 79) zu wenden.

**Sterblichkeitsziffern der Großstädte.** In der Woche vom 24. bis 30. März sind nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamts von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 14,2, Altona 19,4, Augsburg 24,3, Barmen 13,1, Berlin 14,3, Bochum 12,4, Braunschweig 16,4, Bremen 15,5, Breslau 18,8, Kassel 14,2, Charlottenburg 12,5, Chemnitz 14,8, Köln 12,5, Krefeld 13,1, Danzig 16,7, Dortmund 14,9, Dresden 13,0, Dt.-Wilmsdorf 7,1, Duisburg 11,4, Düsseldorf 9,9, Eibfeld 13,0, Erfurt 15,0, Essen 7,5, Frankfurt a. M. 11,8, Gelsenkirchen 14,7, Halle 19,5, Hamburg 14,8, Hamburg 14,5, Hannover 14,6, Karlsruhe 19,3, Kiel 13,7, Königsberg 18,9, Leipzig 11,7, Magdeburg 15,8, Mainz 16,3, Mülheim a. d. Ruhr 12,1, München 14,8, Neu-Cöln 11,4, Nürnberg 13,2, Plauen i. V. 16,8, Posen 22,4, Saarbrücken 13,2, Schneberg 12,5, Stettin 13,4, Straßburg 16,2, Stuttgart 15,6, Wiesbaden 13,5, London 13,5, Paris 20,2, Wien 18,5.

Da Danzig unter den 47 deutschen Großstädten „erst“ an neunter Stelle kommt, hat es also diesmal ungewöhnlich gut abgefahren.

Auf das 1. Stiftungsfest der Hausangestellten, das am kommenden Sonnabend im Steppuhnschen Lokale in Schidtki stattfindet, möchten wir die Genossen noch besonders aufmerksam machen. Die junge Bewegung unserer als Diensthütinnen ihr Brot erwerbenden Schwestern hat einen besonders mühevollen Organisationsweg zu gehen. Da sollte sie von Seiten unserer Parteifreunde auch besondere Förderung erfahren.

Eintrittskarten sind zu haben in der Expedition der Volkswacht, bei der Genossin Malikowski, Abeggasse 5 a 2 Treppen und in Langfuhr bei Gen. Nowack, Eisenstraße 20 1 Treppe.

(Fortsetzung in der Beilage.)

**Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur** empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

**Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt**  
8. Bezirk (Niederstadt).

Am Freitag, den 19. April, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Sinnig, Hirschgasse 9

**Mitglieder-Versammlung.**

- Tagesordnung:  
1. Vortrag: Die Bedeutung der Parteifeier. Ref.: Genosse Reek  
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1912.  
3. Wichtige Parteianglegenheiten.  
Vollständigen Besuch erwartet Der Bezirksführer.

**Verkaufen Sie unsere Brotloften:**

<b>Breslauer Brot</b> Roggen	<b>Danziger Hausbrot</b> sauer	<b>Danziger Hausbrot</b> Hefe
<b>Lübecker Brot</b> zweigeschnittes	<b>Graham-Brot</b> Weizenschrot	<b>Landbrot</b> malzfrei
<b>Kommissbrot</b> Roggen	<b>Wiener Milchbrot</b> prima Weizenmehl mit Vollmilch	
<b>Schrotbrot</b> groß Roggen	<b>Artusbrot</b> mit Knoblauch	

Jedes Brot trägt unsere Firma!  
Goldene Medaille für hervorragende Leistung  
Fabrikate in den durch blaue Schilder gekennzeichneten Verkaufsstellen.

**Danziger Brotfabrik**  
Kolkowgasse 15

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
1. Bezirk.

Am Donnerstag, den 18. April, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Reimann, Fischmarkt 6

**Frauen-Versammlung**

- Tagesordnung:  
1. Die Konsumbewegung eine Notwendigkeit. Ref.: Gen. Grünhagen.  
2. Diskussion.  
Pflicht einer jeden Genossin ist es zu dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Bezirksführer.  
J. B.  
Max Kall.

**3-4 Zimmer-Wohnung**  
von ruhigen Ehepaar mit einem Kind zu mieten gesucht. Offerten stelle man unter M. R. an die Exped. der Volkswacht senden.

**Größere Wohnung**  
von geschulten Seiten (Seamster) zu mieten gesucht. Offerten unter M. 100 an die Expedition der Volkswacht senden.

**Mehrere Stellmachergefellen**  
für dauernde Beschäftigung sucht Fabrik am Hermanns-Schloß, Hauptstraße 10, Strohwaren-Fabrikation in Danzig.

**Elegante Neuheiten**  
für **Saison 1912.**

**Sommer-Paletots u. Ulster**  
Mk 18, 21, 24 bis 48.

**Spezialität**  
zu unerreicht billigem Preise.  
Gediegene Stoffqualitäten Prima Futter Rosshaar-Werkstatt-Verarbeitung

**Schul-Anzüge Einsegnungs-Anzüge**  
in vielen Mustern kleidsame Fassons.

**Pelerinen**  
imprägniert.

**Herren-Jackett-Anzüge**  
geschmackvolle Neuheiten und Formen, ein- und zweireihig, für jede Figur passend, ohne Änderung.  
Mk 18, 24, 27, 29 bis 42.

**Original Kieler Knaben-Anzüge**  
mit langen und kurzen Hosen  
10, 12, 15, 18 Mk. 2050

**Eugen Hasse**  
Kohlenmarkt 14/16, Ecke Passage.  
Beachten Sie meine 6 Fenster.  
Garantie für tadellosten Sitz.  
Fernsprecher 1854.



**110 Sozialdemokraten!**

Fractionsbilder  
60 Pfg. und wieder eingetroffen. Zur Ansicht haben wir ein Fractionsbild in unserer Schenke, Paradiesgasse 32, ausgestellt.  
Buchhandlung Volkswacht, Danzig.

**Maifest-Zeitungen 1912**

Bestellungen auf Maifest-Zeitungen würde man möglichst bald an uns gelangen lassen.  
Buchhandlung „Volkswacht“, Paradiesgasse 32.

**ELBING.**  
Maß- u. Reparatur-Werkstatt.

Joseph Bilal, Schuhmacher, 2. Niederstr. 17, 1. Tr.

**Wahlrecht-Platten**  
Der Freiheit Morgenrot Sozialdemokratische Einheitsliste Arbeiter-Marie-Billa  
Lübecker Platten-Zentrale  
Hans Tschammas  
Partei- und Gewerkschafts-Literatur

**Bei Verstopfung, Hämorrhoiden, zur Blutreinigung**

Hausmittel „Bennopillen“  
Sensibel 1 Mark in der Apotheke Max Reichert Nachf. in Elbing.  
Zusammensetzung: Extr. Rhei. Rhamni pursh. Aloe Taraxac. aa 1,0 Pfl. Mentha. Ros. aa 0,75 Extr. Gentiana q. s. Fiat pil. L. (1793)

**Einzig in Elbing! Alter Markt 62**  
**95 Pf. Bazar 95 Pf.**  
Riesenauswahl in 1107  
Wirtschaftswaren - Luxuswaren - Bijouterien  
Lederwaren - Figuren - Vasen - Nippes  
Büsten - Spielzeug - Bilder - Paneele - Handtuchhalter etc. Täglich Eingang v. Neuheiten

## Aus Westpreußen.

### Danzig.

#### Bericht des Arbeitersekretariats für März 1912.

Die Zahl der Besucher betrug 461 (511 im Vormonat). Gewerkschaftlich organisiert waren 154 (201), gewerkschaftlich und politisch 75 (69), nur politisch 27 (44), organisationsfähig 33 (23) unorganisiert 172 (174). Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 471 (530). Schriftsätze wurden 85 (106) angefertigt. Leser der Volkswacht waren 160 (162) Personen.

Was alles möglich ist. Ein neuer Kriegerverein ehemaliger „21er“ ist gegründet worden. Das ist gewiß nichts erfreuliches, könnte aber nicht besonders zur Kritik reizen, wäre die Gründung nicht im Hauptmeldeamt des Bezirkskommandos vor sich gegangen. Unter diesen Umständen ist wohl die Frage berechtigt, ob das Bezirkskommando von den vereinswütigen Herren mit Wissen des vorgelegten Offiziers benützt wurde. U. A. w. g.

In Langfuhr besteht bereits eine Spathoffenebenstelle. Sie ist jedoch zur Annahme, nicht zur Auszahlung von Geldern berechtigt. Nach einem Plane des Magistrats soll die Nebenstelle zum 1. Juli dieses Jahres in ihrer technischen Organisation verbessert und auch zur Auszahlung von Einlagen ermächtigt werden.

Eine nahezu totale Sonnenfinsternis — neun Zehntel der Sonnenscheibe werden verdeckt — erfolgt am Mittwoch, den 17. April. Die Finsternis beginnt in Danzig mittags um 12 Uhr 17 Minuten und dauert etwa zwei Stunden. Hoffen wir, daß klares Wetter die Beobachtung der interessanten Erscheinung gestattet.

### Elbing.

## Stroh als „Sieger“.

Der zweite Akt der Tragikomödie eines politischen Massenbeleidigungsprozesses ist vorüber. Justizrat Stroh hat die Verurteilung von drei der angeklagten Redakteure zu 20 Mark Strafe erzielt. Der Vierte war nicht zu kriegen. Offiziell steht Herr Stroh als Sieger da. Ob ihm indessen im stillen Kämmerlein eines „Sieges“ wegen nicht die Augen übergehen, ist ein Ding für sich. Refutieren wir einmal kurz den Gang dieses mehr als merkwürdigen Prozesses. Bei der Landtagswahl 1911 erleiden die Vaterländischen eine glänzende Niederlage. Frohlockend konstatieren die konservativen Blätter, daß die um Stroh in die Pflanze gebauen wurden und behaupten, die sozialdemokratischen Wahlmänner wären bis auf den letzten Mann für den Vaterländischen Kandidaten eingetreten. Die Volkswacht weist das zurück und bemerkt beiläufig, daß die Vaterländischen sich „sehr eingehend“ um die Stimmen unserer Wahlmänner bemüht hätten. Das war wahr, denn wir besaßen, als wir das schrieben, vier Texten von einander verschiedene Schreiben, die sozialdemokratische Wahlmänner erhalten hatten. Und die Namen von mehr als einem Duzend Empfänger waren uns bekannt.

Als Antwort auf diese nebenbei gemachte Feststellung ein wütendes Gesuch der Elbinger Neuesten Nachrichten. „Mit einer Presse von dem Schlage lassen wir uns in Polemiken überhaupt nicht ein!“ „Das Blatt wird Gelegenheit haben, seine ungeheuerliche Behauptung vor Gericht nicht nachweisen zu können!“ Also weiland Herr Peterson. Wir antworteten, indem wir ein vertrauliches Schreiben abdruckten und mit einigen ironischen Bemerkungen verahen.

Nun klagt Herr Stroh gegen die Volkswacht und drei andere Zeitungen, obwohl in Wirklichkeit viel mehr von den Vorgängen Notiz nahmen. Besonders ist Herr Stroh von der Unterstellung beleidigt, überhaupt mit Sozialdemokraten paktiert oder verhandelt zu haben. Das Vorstadium des Prozesses währte ein reichliches Jahr und hat zur Folge, daß Herr Stroh schon vor der Hauptverhandlung zugibt, daß die fraglichen Schreiben an Sozialdemokraten gesandt sind. Aber, verteidigt sich Herr Stroh, nur böser Wille könne ihm daraus einen Vorwurf machen. Bei Abfertigung der Schreiben hätte man die Sozialdemokraten noch nicht gekannt und dann müsse es dem Politiker doch auch unwehrt bleiben, bei seinen Gegnern zu agitieren. Wie wolle denn eine Partei überhaupt Anhänger werben?

Eine merkwürdige Logik, die mit vertraulichen Berichtigungen und Aussagen Profolgen zu machen hofft und sich trotz aller Schwierigkeiten der gegnerischen Partei ausstreckt! — Dazu aller Schwierigkeiten kommt es zur Verhandlung. Und da erzielt Herr Stroh das Ergebnis, daß einiger nebenfächlicher Bemerkungen wegen, in denen das Gericht formale Beleidigungen erblickt, über drei der Angeklagten eine geringfügige Geldstrafe verhängt wird. Gleichzeitig aber muß Herr Stroh den Schmerz erleben, daß allen Angeklagten der Schutz des Paragraphen 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt wird und daß das Urteil folgende Begründung erhält:

In dem Vorwurfe, der Vaterländische Wahlverein und sein Leiter, Justizrat Stroh, hätten sich um die Stimmen der Sozialdemokratie bemüht, könne eine strafbare Beleidigung nach unserer heutigen politischen Konstellation nicht erblickt werden. Alle Parteien hätten bereits mit der Sozialdemokratie paktiert, insbesondere auch die Organisation des Herrn Stroh. Denn ohne die Hilfe der Arbeiterpartei wäre es ihr niemals gelungen, ihren Kandidaten bei der Reichstagswahl durchzubringen. Es sei erwiesen, daß zu diesem Zwecke Verhandlungen zwischen dem Vaterländischen Wahlverein und der Sozialdemokratie stattgefunden hätten, wenn sie auch nicht zu festen Abmachungen geführt hätten.

Trotzdem habe für die Verurteilung Bestrafung eintreten müssen, weil einzelne Wendungen des Artikels die beleidigende Absicht hätten erkennen lassen. Wenn auch nicht um Jolus, so handele es sich doch um Jolus eventualis. Die Verurteilten hätten eben vorlässig sein sollen. Die Wahrung berechtigter Interessen sei den Angeklagten zugebilligt. Im Hinblick auf die heftigen gegenseitigen Polemiken und den Ton der Elbinger Neuesten Nachrichten sei auf eine Geldstrafe von zwanzig Mark erkannt.

Von den Verhandlungen wollen wir nur ein Moment erwähnen. Die angeklagten konservativen Redakteure hatten aus leicht begreiflichen Gründen die „Verleumdung“, die von den Vaterländischen bei der Reichstagswahl gegenüber der Sozialdemokratie entfaltet wurde, in den Kreis ihrer Verteidigung hineingezogen. Ebenso das Verhalten Herrn Kippers. Während der Vertreter des Herrn Stroh Kipper fallen ließ, waren bei der Reichstagswahl die Vaterländischen natürlich lauter weiße Lämmer. Die als Zeugen geladenen Herren Blumenthal und Prophet wollten

sich nicht mehr viel von dem Gespräch mit unserem Genossen Nowak erinnern können. Herr Blumenthal trat sehr unglücklich auf und mußte auf Befragen des Genossen Schröder schließlich zugeben, an Nowak herangeraten zu sein und ihn einzuladen zu haben. Doch wollte er ihm nur auf einige Tage zum Flugblattverteiler engagieren. Keineswegs sei von Zahlung einer größeren Summe — 100 Mark — die Rede gewesen. Nowak war nicht geladen. So begnügte sich Genosse Schröder mit der Feststellung, daß die Behauptungen Nowaks und Blumenthals in dieser Hinsicht in vollkommenem Widerspruch ständen. Weiter stellte Genosse Schröder fest, daß die von vaterländischer Seite geleugnete Akzeptierung der Stichwahlbedingungen durch Fortrat Schröder in Gegenwart unserer Genossen Bredom, Finfel und Herrmann Schulz mündlich erfolgt sei und daß Fortrat Schröder nur die Unterchrift abgelehnt habe. Weil ihm von unserer Partei nicht getraut wurde, erfolgte die Parole auf Stimmhaltung. Vaterländische Parteigänger seien betreffs Aenderung der Taktik zugunsten des Vaterländischen Kandidaten an den Genossen Crispian herangeraten und hätten sich dann später an den Parteivorstand in Berlin gewandt. Als die Parole nicht geändert wurde, erfolgte dann in letzter Stunde die Ausgabe eines Schwindelflugblattes.

Die Elbinger Neuesten Nachrichten unterrichten ihre Leser auch nicht mit einer Zeile über den Prozeß. Das System bringt das so mit sich.

#### Stadtverordneten-Sitzung vom 12. April.

Das Hauptinteresse der Herren Stadtväter konzentrierte sich auf die in geheimere Verhandlung beralene Magistratsvorlage betr. Anstellung eines Polizeibeamten. Hierbei sollen die Wogen der Leidenschaft bei der Erörterung recht hoch gegangen sein, was bei den Erfahrungen, welche die Bürgerschaft mit verschiedenen im Probendienst befindlichen Polizeiführern bisher machen mußte und der Stellung der Verwaltung zu vorgebrachten Beschwerden recht erklärlich erscheint.

Im Uebrigen fanden die Gegenstände, mit denen sich die öffentliche Sitzung zu beschäftigen hatte, glatte Erledigung. Zwecks Abrundung des vor kurzem beschlossenen Geländeaufbaus in Stadtfeld wurde weiterem Grunderwerb zugestimmt, was in einem Falle mit 57 000 und in einem anderen mit 4800 Mark Kosten verknüpft ist. Sie werden dem vorhandenen Grunderwerbssfonds entnommen.

Um die Frage, ob unsere Gasanstalt durch eine Steinkohlen- oder Wasserstoffgasanlage erweitert und leistungsfähiger gemacht werden soll, gründlich durchzuprüfen, ward eine gemischte Kommission aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten bestehend, eingesetzt. Die mit einem Kostenaufwand von 229 000 Mark projektierte neue Volksschule in der Trusostraße soll möglichst bald in Bau genommen werden. Deshalb war es zunächst erforderlich, einen vorläufigen Bedarfsplan für das Neustädterfeld aufzustellen. Die Stadtverordneten gaben diesem ihre Zustimmung. Von den Kosten der Schule übernimmt der Staat 50 000 Mark, so daß die Stadt noch 179 000 Mark zu leisten hat. Der Gegenstand in der Behandlung der oberen Schulen gegenüber der Volksschule trat wiederum recht drähtig bei einer Vorlage in die Erörterung, welche die Teilung der 1. Vorklassse der Oberrealschule bezweckte. Diese Klasse ist auf 60 Schüler gestiegen und soll deshalb den Bestimmungen des höheren Schulwesens entsprechend geteilt werden, so daß auf jede Klasse 30 Schüler kommen. Demgegenüber weisen diverse Volksschulklassen 70, 80 und mehr Schüler auf. Wann wird auch auf diesem Gebiet die Berechtigte siegen?

Für möglichst günstige Lösung der Wohnungsfrage der bürgerlichen Bevölkerungsschichten wird ebenfalls seitens der Stadt Sorge getragen. Für einen An- und Umbau des Forsthauses Reichenbach wurden 4500 Mark bewilligt. Damit sollen Bequemlichkeiten für die neue Försterfamilie geschaffen werden. Was geschieht durch die Gemeinde für die vielföpfigen Arbeiterfamilien, welche am Umzugsstermin und teilweise jetzt noch kein sicheres und annehmbares Obdach haben?

### Danzig-Land.

Ein durchgehendes Fuhrwerk aus Quaschin setzte am Sonntag die Passanten der Straße am Schlossgarten in Oliva in Schreden. Der Wagen wurde zertümmert, das Pferd eines anderen Fuhrwerks, mit dem die Ausreißer zusammenprallten, schwer verletzt.

Im Dampfägwerk der Firma Drens in Oliva geriet der Arbeiter Adrian mit der rechten Hand in eine Kreisäge. Ihm wurde der Zeige- und der Mittelfinger abgeschnitten, der Daumen verlegt.

Ein Feuer hat in Heubunde die in der Nähe der Strandhalle stehende Fisderrbude vernichtet. Mit der Bude sind eine Anzahl Netze im Werte von mehreren tausend Mark verbrannt.

### Marienwerder.

Ueber die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung sprach Genosse Crispian — Danzig in der Versammlung vom 9. April 1912. Die deutsche Arbeiterbewegung war von Beginn internationaler Richtung. Ihre ersten Arbeiter-Organisationen knüpften praktisch und theoretisch an den westeuropäischen Sozialismus und namentlich an die Klassenkämpfe des französischen Proletariats an. Die geistigen Ahnen unserer Partei- und Gewerkschaftsbewegung sind neben Marx und Engels nicht nur Kant, Fichte und Hegel, sondern auch Saint-Simon, Fourier und Owen. Ihre geistigen Wurzeln bezogen die Vorkämpfer der modernen Arbeiterbewegung aus dem Studium der deutschen Philosophie, der französischen Revolution und der Entwicklung der englischen Industrie.

Deutschland befand sich am Anfange des 19. Jahrhunderts im Zustande tiefen Verfalls durch die ökonomische Weltwende des 16., den dreißigjährigen Krieg des 17. und die zahllosen Kriege des 18. Jahrhunderts. Anders in England und Frankreich. Die Bourgeoisie in England ging schon im 17. Jahrhundert an die Vernichtung des Feudaladels, um durch die Reformbill von 1832 zum endgültigen Siege zu gelangen. In Frankreich warfen die Revolutionen des 18. Jahrhunderts die Ritter und Heiligen zu Boden und die Julirevolution von 1830 brachte der Bourgeoisie vollends die politische Macht. In beiden Ländern prellte das siegreiche Bürgertum das ihm bis dahin verbündete Proletariat um seinen Anteil an den Errungenschaften der Revolutionen. Die Folge war das Erwachen der Arbeiterklasse zum selbständigen weltgeschichtlichen Kampfe gegen den Kapitalismus. Solange in England das Koalitionsverbot von 1799 bestand, betätigten sich die unterdrückten Klassen in Geheimverbindungen. Nach der Aufhebung des Koalitionsverbots, im Jahre 1824, entstanden gewerkschaftliche Verbände, die Trade Unions (trede junjuns), die durch Streiks die Interessen der Arbeiter wirkungsvoll vertraten. Politisch regte sich das Proletariat im 1825 gegründeten Arbeiterbund in London. Das erste rüh-

reiche Blatt in der revolutionären Geschichte der modernen Arbeiterbewegung bilden die heldenhaften Kämpfe der Chartisten, in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts in England, die sich die Erorberung der politischen Macht zum Ziele gesetzt hatten. In Frankreich war das Koalitionsrecht bereits im Jahre 1791 verboten. Es entstanden naturgemäß, wie in England, geheime Verbindungen, die mit Dolch und Flinten und durch Attentate sich Lust zu schaffen suchten. Bemerkenswert ist der Aufstand der hungernden Seidenweber von Lyon im Jahre 1831, die einer schwarzen Fahne mit der Aufschrift: Arbeitend leben oder kämpfend sterben folgten. Weitere Arbeiterrevolten brachen 1834 in Lyon und Paris und 1839 aus.

In Deutschland mußte erst ein Sohn der Revolution, Napoleon der Erste, Berge feudalen Schutts fortschaffen. Auf dem linken Rheinufer wurde der Feudalismus beseitigt, während er sich im übrigen Deutschland, namentlich im Norden und Osten nicht völlig vertreiben ließ. Der deutsche Kapitalismus blieb hinter dem englischen und französischen Kapitalismus zurück. Hungerlöhne und kleinliche Geschäftskünste mußten das deutsche Kapital auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen. Das dadurch verursachte Massenelend führte auch in Deutschland zu Arbeiteraufständen. Im Jahre 1848 zertrümmerte endlich die Bourgeoisie mit dem verbündeten Proletariat die Junkerherrschaft. Nach kaum errungenem Sieg verriet das Bürgertum die Revolution und mit ihr das Proletariat. Am 23. August 1848 trat in Berlin ein Arbeiterkongreß zusammen. Erschienen waren für 35 Arbeitervereinigungen 40 Vertreter. Der Kongreß schuf den Verein: Arbeiterverbrüderung. Politisch hielt sich die Arbeiterverbrüderung wacker. Sie stellte sich in Berlin mit Waffen der Nationalversammlung zur Verfügung. Das Zentralkomitee erließ im November 1848 einen Aufruf für die Bewaffnung der Arbeiter. Die sozialen Bestrebungen: Kauf von Landgütern durch Abzüge vom Lohn, Kreditkassen für Arbeiter, waren weniger einwandfrei. Aus der zahlreichen Lohnkämpfen des Jahres 1848 erwachsen die Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation, besonders bei den Buchdruckern und Tabakarbeitern. Die Reaktion setzte bald mit Macht ein und am 13. Juli 1854 forderte der deutsche Bundestag sämtliche Bundesregierungen auf, „die in ihrem Gebiete etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, die politische, kommunistische oder sozialistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Vereine bei Strafe zu verbieten“. Die Jahre der Reaktion waren für die Arbeiterbewegung nicht verloren; sie wurden zur Sammlung und Vertiefung benützt. Marx tat seine Hauptarbeit für das Kapital. In Deutschland lebte der Kommunismus fort im stummen Trost einzelner Arbeiter und in den glühenden Hoffnungen Ferdinand Lassalles. Anfangs der 60er Jahre im 19. Jahrhundert, dankte die Bourgeoisie politisch ab und nun ging Lassalle daran, die Arbeiterklasse aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Klasse zu lösen. Diese rief den Arbeitern durch Sparsamkeit und genossenschaftliche Betätigung das wirtschaftliche Elend zu beseitigen. Bebel begann seine Tätigkeit. Das moderne Proletariat verzichtete auf die bürgerlichen Wundermittel, es entschied sich für den rücksichtslosen revolutionären und erfolgreichen Klassenkampf. Selbst das Sozialistengefeß vermochte die Arbeiterbewegung nicht mehr zu vernichten. Zu Beginn dieses Schandgeheßes im Jahre 1878, mußerte die Sozialdemokratie 437 158 Wahlstimmen und 42 Zeitungen, die Gewerkschaften 50 000 Mitglieder und 15 Zeitungen. Nach Beendigung des Ausnahmezustandes verfügte die Sozialdemokratie über 1 427 298 Wahlstimmen und 60 Zeitungen, die Gewerkschaften über 200 000 Mitglieder und 41 Zeitungen. Dieser Triumph wurde trotz aller schweren Opfer erungen, über die ungefähre Angaben folgende Auskunft geben. Es wurden unter dem Sozialistengefeß 1300 periodische und nicht-periodische Druckschriften und 332 Arbeiterorganisationen verboten, 900 Personen, darunter 500 Familienväter, ausgewiesen und gegen 1500 Personen 1000 Jahre Freiheitsstrafen verhängt. Der bewundernswürdige Opfermut der kämpfenden Arbeiter, ihre zähe Entschlossenheit, geben die Gewähr des endlichen Sieges über alle Mächte der Welt.

### Braubenz.

Der Verwilderung der Jugend widmet der Gesellige einen Artikel, in dem einige Körner Erkenntnis unter einem Wust von Unsinn verborgen sind. Der Gesellige sieht die von ihm behauptete Verwilderung der Jugend, — wir bezweifeln, solange der Gesellige uns nicht das Gegenteil nachweist, einfließen, daß die Jugend von früher besser war, als die heutige — darin, daß Eltern und Kinder einander entfremdet würden. Er schreibt dann weiter:

Sind doch die Arbeiterkinder schon in frühesten Jugend fast den ganzen Tag selbst überlassen, da die Eltern vielfach beide dem Erwerb nachgehen müssen. Nach Beendigung der Schulzeit müssen auch die Kinder sofort Geld verdienen. Während früher in der Handwerkslehre ein Teil der Erziehungspflichten und der väterlichen Gewalt auf den Meister überging, gibt es heute weder eine Pflicht noch ein Recht des Arbeitgebers (lies: Unternehmers, Red. d. B.), sich um die Entwicklung seiner jugendlichen Arbeiter zu kümmern. Daraus erwächst naturgemäß dem Elternhause eine erhöhte Fürsorgepflicht. Der Geltendmachung der väterlichen Autorität steht aber in den meisten Fällen die wirtschaftliche Selbständigkeit des Jugendlichen entgegen. Er trägt sein Teil zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben bei und ist meist schon frühzeitig in der Lage, sich der Einwirkung des Elternhauses dadurch ganz zu entziehen, daß er dasselbe für immer verläßt. Bis zu einem gewissen Grade ist natürlich das frühere Verbands- und werden in dem verhärteten Kampfe ums Dasein begründet und dadurch auch gerechtfertigt. Es ergibt sich jedoch aus dieser Entwicklung notwendigerweise eine Entfremdung der Lebensauffassung, die dem reifen Menschen von Vor sein kann, während sie den Jugendlichen sehr leicht zur Brutalität und Rohheit hinleitet. Vor allem zeigt sich dies in der Art, wie heute die großstädtische männliche Jugend, ganz gleich, ob reich oder arm, dem weiblichen Geschlecht gegenübertritt. Mehr und mehr wird das Liebesleben der heranwachsenden Jugend brutalisiert und in seinen äußeren Formen der Prostitution nähergebracht. Es ist kein Wunder, daß die Kriminalität der Jugendlichen noch immer eine auffallend hohe ist.

Die Zwangs- oder Fürsorgeerziehung vermag hieran nichts zu ändern, sie kommt in der Regel viel zu spät in Anwendung und hat bereits den Charakter der Strafe angenommen. Sie kann das nicht mehr nachholen, was im Elternhause verfaulend wurde. Außerdem ist die Möglichkeit ihrer Anwendung eine zu eng begrenzte. Es muß eben dahin gestrebt werden, die Familie wieder mehr für Erziehungszwecke zu interessieren.

Die Auflösung der Familie und die frühe Selbständigkeit der Jugendlichen ist doch nur eine Folge des kapitalistischen Systems. Wollte der Gesellige konsequent sein, dann müßte er seine Pfeile gegen dieses richten. Die verhärmte Schwärmerin für die Zwangserziehung und die Schraube „die Familie wieder mehr für die Erziehung der Jugend zu interessieren“, sollten auch dem Redakteur einer bürgerlichen Zeitung zur Anwendung zu dürftig sein.

